

Matthias Busch,
Charlotte Keuler
(Hg.)

Politische Bildung und Digitalität

SCHRIFTENREIHE DER **GPJE**



**WOCHEN
SCHAU**
WISSENSCHAFT

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

Schriftenreihe der Gesellschaft für Politikdidaktik
und politische Jugend- und Erwachsenenbildung



Matthias Busch, Charlotte Keuler

Politische Bildung und Digitalität



**WOCHEN
SCHAU
WISSENSCHAFT**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© WOHENSCHAU Verlag,
Dr. Kurt Debus GmbH
Frankfurt/M. 2023

www.wohenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag

Schriftenreihe der GPJE (Band 21)
ISSN 2749-702X, eISSN 2749-7038
ISBN 978-3-7344-1579-1 (Buch)
E-Book ISBN 978-3-7566-1579-7 (PDF)
DOI <https://doi.org/10.46499/2164>

INHALT

MATTHIAS BUSCH, CHARLOTTE KEULER

Einleitung 7

Politische Bildung und Digitalität

ROBERT BRUMME

Digitalität und politische Teilhabe: Zur Ambivalenz von Technik
zwischen Ermöglichung und Verunmöglichung 15

ULF FRANK KERBER, FRANZISKA WITTAU

Die Macht der Algorithmen verstehen und reflektieren –
Sozioinformatische Bildung und die Förderung reflexiver
Digitalkompetenzen 23

FREDERIK HEYEN, SABINE MANZEL

Soziale Medien und digitale Medienkompetenz:
Herausforderungen für die Politikdidaktik 32

WERNER FRIEDRICHS

Radikale Demokratiebildung im postdigitalen Zeitalter 40

INKEN HELDT, JENNIFER BLOISE, MANUEL THEOPHIL

Digitalität als Leerstelle? Ergebnisse einer qualitativen
Schulbuchanalyse 48

STEFAN MÜLLER, ELIA SCARAMUZZA

Mündigkeit im digitalen Raum – alles neu und alles anders?
Herausforderungen geschlechterreflexiver Bildung 57

TILMAN GRAMMES

Programmierter Unterricht: Medienarchäologische Erkundungen
zum Unterricht mit objektivierten Lehrprogrammen im
Fach Sozialkunde 69

THOMAS WALDVOGEL, MONIKA OBERLE, JOHANNA LEUNIG Der Wahl-O-Mat als Lehr-Lern-Werkzeug im Politikunterricht – Wirkungen einer digitalen Intervention auf (landes-)politische Dispositionen von Schüler:innen.	79
ULRICH KERSCHER, ANDREAS BRUNOLD Kompetenzerwerb und Förderung von Medienkompetenz durch die Produktion von Erklärvideos im Rahmen politischer Bildungsprozesse	88
FALK SCHEIDIG Die Pandemie als Digitalisierungsschub für die politische Erwachsenenbildung? – Eine Programmanalyse	96
DOROTHEE MEYER Digitale Teilhabe von Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung in der (inklusiven) politischen Bildung	104
BASTIAN VAJEN, STEVE KENNER, FRANK REICHERT Digitale Bürgerschaft: Perspektiven von Lehrkräften aus Hongkong und Deutschland	113
HEIKE KRÖSCHE, INKEN HELDT Aufgaben der Politischen Bildung im Überschneidungsbereich von Klima- wandel und digitaler Transformation. Eine empirische Annäherung	122
Weitere aktuelle politikdidaktische Forschungsbeiträge	
INGO JUHLER Skepsis und Urteilsbildung im Angesicht epistemischer Ungewissheiten, politischer Kontroversen und Wertkonflikten.	130
MAY JEHLE The televised revolution: DDR 1989/90, Revolution und Transformation im medialen Diskurs und das didaktische Potenzial zeitgenössischer Dokumentarfilme	141

SABINE MANZEL, DOROTHEE GRONOSTAY

Professionswissen von Lehrkräften im Fach Politik/
Sozialwissenschaften mit dem SOWIS-L erfassen 148

GEORG WEISSENO

Was wissen wir über den Politikunterricht in der gymnasialen
Oberstufe? 158

CHRISTOPH WOLF, SARAH STRAUB, DIRK LANGE

Inclusive Citizenship Education in Schulen – Deutschland,
Österreich und Australien im Vergleich 167

SASKIA LANGER, LEIF MÖNTER

Erziehung für Europa? Die Rolle von „Identität“ in der
Europabildung. 176

FRANCESCA BARP, UDO DANNENMANN

Von der Wahrnehmung zur Handlung: Antidemokratische
Positionen und Einstellungen im Schulalltag ernst nehmen 186

Kurzpräsentationen aktueller Forschungsprojekte**STEPHAN BENZMANN**

Lernnarrationen und Lernnarrative der politischen Bildung: Wege
zur Aneignung gesellschaftlichen Wissens in Schulbucheinheiten 199

THOMAS WALDVOGEL

Patterns of publishing in German civic education research:
a co-authorship network 201

FABIAN HEINDL

Interaktive Biografien als Medium in der historisch-politischen
Bildung: Untersuchungen am Beispiel der Antiziganismus-
prävention 203

DOROTHEE GRONOSTAY, KATRIN HAHN-LAUDENBERG, MARCUS KINDLINGER	
Kontroversität und professionelle Unterrichtswahrnehmung: Potentiale der Animationsvideos aus dem LArS-Projekt	205
JENNIFER BLOISE	
Mensch-Tier-Verhältnisse als Gegenstand politischer Bildung.	207
CHRISTIAN BLUM	
Digitale Lerngemeinschaften im Praxissemester – Ein Projekt zur stärkeren Theorie-Praxis-Verzahnung	209
SASKIA LANGER	
Europäische Bürger*innen? Vorstellungen von und Identifikation mit Europa von Schüler*innen in der Großregion	212
Autor:innenverzeichnis	214

Einleitung

Die 22. Jahrestagung der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) widmete sich im Juni 2022 an der Universität Trier dem Thema „Politische Bildung und Digitalität“. Die Vorträge, Workshops und Diskussionen der rund 120 Teilnehmenden spiegelten dabei nicht nur eine breite Auseinandersetzung mit den Herausforderungen, Chancen und Risiken der digitalen Transformationen in politikdidaktischer Forschung und Entwicklung wider. Vielmehr zeigten sie, wie sehr Digitalität auch die Politikdidaktik selbst in ihren Methoden, Inhalten, Selbstverständnissen und Forschungspraxen verändert und vor neue Aufgaben stellt. Der durch die Digitalisierung entstehende Strukturwandel der Öffentlichkeit (Habermas 2022), zunehmend hybridisierte Lebenswelten und eine durch Referentialität und Algorithmizität geprägte „Kultur der Digitalität“ (Stalder 2016) verändern nicht nur Gesellschaft, Politik und Arbeitswelt, sondern stellen bekannte Fragen politischer Bildung nach demokratischer Kontrolle von Macht- und Kapitalkonzentration, zivilisatorischen Standards, gesellschaftlicher Teilhabe, politischer Meinungsbildung und individueller Selbst- und Mitbestimmung auf neue Weise. Digitalität und „digitale Bildung“ sind damit unweigerlich auch Bestandteil politischer Bildung. Dabei sind gerade die Rolle von politischer Bildung in gesellschaftlicher Digitalität wie auch die Digitalität als Bedingung und Anlass politischer Bildung auszuschärfen und zu diskutieren.

Die im vorliegenden Band versammelten Beiträge loten Herausforderungen, Chancen und Veränderungen aus, die mit der digitalen Transformation für die politische Bildung einhergehen, und geben Einblicke in die Vielfalt aktueller politikdidaktischer Forschungsprojekte.

Die Notwendigkeit, den Bildungsgehalt und die politischen Dimensionen von Digitalität unter politikdidaktischem Fokus zu schärfen, wird in verschiedenen Beiträgen hervorgehoben:

Technikutopien und Erwartungen an eine Stärkung von Mitbestimmung und Demokratisierung durch Digitalisierung stellt *Robert Brumme* in seinem Beitrag eine Analyse der Wirkungsmechanismen und Eigenlogiken sozialer Medien und ihrer inhärenten Gefahren gegenüber. Er plädiert für eine kritische Auseinandersetzung mit den Potentialen und Risiken des Digitalen und für eine

verstärkte Förderung informatischer Handlungskompetenzen in der politischen Bildung. *Ulf Frank Kerber* und *Franziska Wittau* setzen sich mit der Relevanz der Algorithmen und ihrer notwendigen kritischen Reflexion als emergente Kulturphänomene auseinander und sprechen sich für eine sozioinformatische Bildung aus. *Frederik Heyen* und *Sabine Manzel* nehmen die Relevanz von Medienkompetenz für politische Handlungs- und Urteilsfähigkeit in den Blick und machen gleichermaßen auf die notwendige konzeptionelle Ausgestaltung und Schärfung der Medienkompetenz für die politische Bildung wie eine mögliche Veränderung der politikdidaktischen Fachkompetenz unter Perspektiven der Digitalität aufmerksam. *Werner Friedrichs* erschließt den Begriff der Postdigitalität für die politische Bildung, der auf die gegenseitige Durchdringung von digitalen und analogen Lebenswelten und der Entstehung einer hybridisierten Gesellschaft rekurriert. Er analysiert, welche Konsequenzen und Verantwortlichkeiten aus dem postdigitalen Zeitalter für die politische Bildung erwachsen und plädiert für eine „radikale Demokratiebildung“.

Neben den theoretischen Überlegungen widmen sich empirische Beiträge der Thematisierung von Digitalität in der politischen Bildung sowie der aktuellen Praxis „digitalitätsbezogener“ Lernsettings:

Wie Digitalität in Schulbüchern des Fachs Sozialkunde tatsächlich verhandelt und mit welchen Bildungszielen sie implizit und explizit verbunden wird, untersuchen *Inken Heldt*, *Jennifer Bloise* und *Manuel Theophil* in einer qualitativen Schulbuchanalyse. Ihren Befund einer entpolitisierenden Darstellung und vagen Konzeptualisierung des Phänomens „Digitalität“ belegen sie an einzelnen Beispielen wie der Thematisierung von Datenschutz und einem unterkomplexen Verständnis von Medienkompetenz. *Stefan Müller* und *Elia Scaramuzza* beschäftigen sich mit Open Educational Resources. Sie untersuchen argumentationsanalytisch Annahmen und potentielle Effekte eines exemplarischen digitalen Arbeitsblatts unter Aspekten einer geschlechterreflexiven politischen Bildung und schlussfolgern, dass auch digitale Bildungsmaterialien nicht selbsterklärend sind, sondern einen pädagogischen Raum erfordern, der mündigkeitsorientierende Bildungserfahrungen ermöglicht. *Tilman Grammes* erweitert das Tagungsthema mit einer historischen Studie. Er analysiert Konzepte des „Programmierten Unterrichts“ aus den 1960er und 1970er Jahren und zeigt an den algorithmisierten, objektivierten Lehrprogrammen Entwicklungslinien zu heutigen digitalen Lernarrangements und strukturelle Fragen politischer Bildung auf.

Thomas Waldvogel, *Monika Oberle* und *Johanna Leunig* untersuchen den Einsatz des Online-Tools „Wahl-O-Mat“ im Rahmen eines digitalen Lernarran-

gements. In einer Prä-Post-Befragung von knapp 1.200 Schüler:innen können sie u.a. eine Verbesserung der subjektiven und objektiven Wissensbestände sowie motivationaler politischer Orientierungen nachweisen. *Ulrich Kerscher* und *Andreas Brunold* belegen in ihrer Interventionsstudie im Rahmen universitärer Lehrveranstaltungen den Erwerb von politischen und medialen Kompetenzen durch die Produktion von Erklärvideos. Hierzu entwickeln die Autoren ein didaktisches Setting, das die gezielte Förderung digitaler Kompetenzen und eine Prozessreflexion in die Videoproduktion inkludiert.

Inwieweit die Pandemie einen Digitalisierungsschub für die politische Erwachsenenbildung bedeutet hat, untersucht *Falk Scheidig* im Rahmen einer Programmanalyse von 30 Volkshochschulen. Er kann aufzeigen, dass – bei erheblichen Unterschieden in den einzelnen Institutionen – insgesamt deutliche Zuwächse von Online-Veranstaltungen bestehen, und diskutiert die mit der Entwicklung verbundenen Chancen und Risiken. *Dorothee Meyer* eröffnet einen spezifischen Blick auf digitale Teilhabe, indem sie Erfahrungen aus universitären Lehrveranstaltungen der inklusiven politischen Bildung mit kognitiv beeinträchtigten und nicht-beeinträchtigten Teilnehmenden auswertet und Rückschlüsse für eine barrierefreie digitale Teilhabe zieht.

Eine qualitative Studie zu (digitalen) Bürgerschaftskompetenzen von Lehrkräften aus Hongkong und Deutschland stellen *Bastian Vajen*, *Steve Kenner* und *Frank Reichert* vor. Dabei kommen die Autoren zum Ergebnis, dass kultureller Kontext und politische Situation die Überzeugungen und Vorstellungen beeinflussen, im digitalen Raum jedoch stärkere Gemeinsamkeiten zu verzeichnen sind. *Heike Krösche* und *Inken Heldt* beschäftigen sich demgegenüber mit alltagsweltlichen Vorstellungen von Lehramtsstudierenden des Faches Sozialkunde. In ihrer qualitativen Interviewstudie rekonstruieren sie Vorstellungsmuster über den Zusammenhang der Phänomene „Digitalisierung“ und „Klimawandel“ und verbinden so das Tagungsthema mit einem zweiten „Megatrend“. Ihre Befunde, dass Digitalisierung meist als neutraler, nicht gestaltbarer Prozess wahrgenommen wird und Implikationen zum Klimawandel unerkannt bleiben, führen die Autorinnen u.a. zu der Forderung, in der politischen Bildung die Befähigung und Ermutigung der Lernenden zur Gestaltung der digitalen Transformation stärker in den Blick zu nehmen.

Neben Veranstaltungen zum Tagungsthema bieten die Jahrestagungen der GPJE immer auch Raum für aktuelle, thematisch ungebundene Beiträge. Die folgenden Artikel setzen entsprechend unterschiedliche politikdidaktische Schwerpunkte und werfen vielfältige Perspektiven auf fachspezifische Fragestellungen. So diskutiert *Ingo Juchler* den Umgang mit verhärteten Kontroversen

und Wertekonflikten im Unterricht und zeigt Bedeutung und Chancen einer „skeptisch-fragenden Haltung“ von Schüler:innen auf. *May Jehle* erschließt in ihrem Beitrag didaktische Potenziale zeitgenössischer Dokumentarfilme für die historisch-politische Bildung am Beispiel von Filmen zur Friedlichen Revolution in der DDR aus dem Jahr 1989.

Dorothee Gronostay und *Sabine Manzel* stellen ein entwickeltes Testinstrument zur empirischen Erhebung des domänenspezifischen Professionswissen von Lehrkräften im Fach Politik/Sozialwissenschaften vor und erläutern erste Pilotierungsergebnisse. Auch *Georg Weißeno* widmet sich der Kompetenzmessung bei Lehrkräften und Schüler:innen und zeigt an unterschiedlichen Studien und theoretischen Modellen Entwicklungsbedarfe für den Politikunterricht auf. *Christoph Wolf*, *Sarah Straub* und *Dirk Lange* präsentieren wiederum eine Studie zur Inclusive Citizenship Education, in deren Rahmen sie den Umgang mit Diversität an Schulen in Australien, Deutschland und Österreich untersucht haben. Die Autor:innen beschreiben dabei sowohl schulform- als auch länderabhängige Ergebnisse und diskutieren Entwicklungsperspektiven für inklusive Bildungsangebote.

Saskia Langer und *Leif Mönter* erörtern in ihrem Beitrag das Verhältnis von Identitätsbildung und politischer Mündigkeit in Konzepten der Europabildung und analysieren hierzu u. a. auch Curricula aus Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg. Inwiefern und in welcher Weise Lehrpersonen mit antideokratischen Haltungen von Schüler:innen konfrontiert sind, haben *Francesca Barp* und *Udo Dannemann* mittels Befragung, teilnehmender Beobachtung und Interviews untersucht – und dabei auch im Kolleg:innenkreis entsprechende Einstellungen und Äußerungen ausgemacht. Auf Grundlage ihrer Forschungsergebnisse sprechen sie sich für strukturell zu verankernde Handlungsstrategien und eine diskriminierungskritische Schulentwicklung in Kooperation mit außerschulischer Expertise aus.

Den Abschluss der Tagungsbandes bildet eine Auswahl aktuell laufender Forschungs- und Promotionsprojekte, die im Rahmen der Tagung vorgestellt worden sind. *Stephan Benzmann* erforscht Lernnarrationen und Lernnarrative der politischen Bildung in Schulbüchern mit fachdidaktisch-narratologischen, strukturalen und diskursanalytischen Verfahren. *Thomas Waldvoegel* rekonstruiert in einer Netzwerkanalyse die Publikationsmuster und -kooperationen von Autor:innen innerhalb der deutschsprachigen Politikdidaktik. *Fabian Heindl* analysiert das didaktische Potential von „interaktiven Biographien“ für historisch-politische Bildungsprozesse. In den Lernsettings können Schüler:innen individuelle Fragen an digitale Avatare stellen. *Dorothee Gro-*

nostay, Kathrin Hahn-Laudenberg und Marcus Kindlinger geben Einblicke in das Verbundprojekt LArS, in dessen Rahmen sie mit Hilfe von Animationsvideos die Wahrnehmung, Analyse und Bewertung kontroversitätsrelevanter Unterrichtssituationen fördern. Jennifer Bloise erhebt Alltagsvorstellungen von Schüler:innen über das Mensch-Tier-Verhältnis. Christian Blum untersucht, wie durch digitale Lerngemeinschaften die Theorie-Praxis-Vernetzung in Praktikumsphasen verbessert werden kann. Abschließend stellt Saskia Langer ihre Studie vor. Sie erforscht, welche Schüler:innenvorstellungen zu Europa sich im transnationalen Handlungsraum der Großregion entwickeln und welche Identifikationen mit Europa sich ausbilden.

Wir danken allen Teilnehmenden der GPJE-Jahrestagung für die inspirierenden Diskussionen und bereichernden Begegnungen. Bei den Autor:innen des Sammelbandes bedanken wir uns für die Publikation ihrer Beiträge und beim Wochenschau Verlag für die enge Zusammenarbeit in der redaktionellen Arbeit.

Literatur

HABERMAS, Jürgen (2022): Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik. Berlin: Suhrkamp.

STALDER, Felix (2016): Kultur der Digitalität. Berlin: Suhrkamp.

Politische Bildung und Digitalität

ROBERT BRUMME

Digitalität und politische Teilhabe

Zur Ambivalenz von Technik zwischen Ermöglichung und Verunmöglichung

Digital-Technik zwischen Utopie und Realität

Die Digitalisierung und das Internet waren angetreten, um die Welt zu verbessern. Allorts wurde dies verkündet und erwartet: Die CEOs mächtiger Digitalkonzerne sahen „Produktivitätszuwächse, Gesundheit, Bildung, Lebensqualität, und zwar für alle“ (Schmidt/Cohen 2013, 27) und auch anarchische Technikutopisten träumten bereits von einer neuen Welt ohne Privilegien, in der alle „may express his or her belief, no matter how singular, without fear of being coerced into silence or conformity“ (Barlow 1996, 6). Eine florierende Zukunft mit gleichberechtigter Teilhabe und starker Demokratie schien zum Greifen nahe (Thiel 2014, 467 f.).

Doch leider schert sich die Gegenwart wenig um vergangene Technikutopien: So gibt es lebhaftere Anzeichen für eine „Krise der Demokratie“ (Przeworski 2020), Hinweise darauf, dass schnelles Internet die Ausbreitung von Populismus befördert (Guriev/Melnikov/Zhuravskaya 2021) und die großen digitalen Plattformen, scheinen so gar nicht an unserem Wohlbefinden interessiert (Gayle 2021).

Wie ist diese Diskrepanz zwischen Hoffnung und Realität zu erklären? Sind positive Erwartungen an die demokratischen Ermöglichungspotentiale von Digital-Technik illusorisch? Ist die Hoffnung, dass digitale Technologien soziale Ungleichheiten abbauen und so mehr politische Teilhabe und Mitsprache für alle ermöglichen, letztlich unbegründet? Und befördert die digitale Entwicklung der vergangenen Dekaden möglicherweise gar keine Neuordnung der Macht, sondern stabilisiert eine durch Machtkonzentration und Ungleichheitsverhältnisse gekennzeichneten Ordnung? Um sich Antworten auf diese Fragen anzunähern, lohnt ein Blick auf jene Mechanismen, die unsere Erwartungen an Technik mitbestimmen.

Der Glaube etwas über Technik zu wissen

Unsere Annahmen über Technik und was sie vermag, welche Möglichkeiten ihr innewohnen und welche Gefahren möglicherweise von ihr ausgehen, werden durch ein Zusammenspiel objektiver Gegebenheiten und subjektiver Zuschreibungen definiert. Zum Teil sind diese Zuschreibungen kollektiven Ursprungs, teilweise sind sie aber auch das Ergebnis individuellen Erlebens. Eine Dreiteilung aus „technische[r] Beschaffenheit, [...] mythische[r] Aufladung und [...] pragmatische[r] Verwendung“ (Münker/Roesler 2002, 15) bietet sich an, um unsere Erwartungshaltung gegenüber Technik zu systematisieren:

Als erste relevante Strukturierungskategorie ist die *Funktionalität von Technik* zu nennen. Dabei handelt es sich um „objektiv“ vorhandene Funktionen von technischen Geräten, Werkzeugen aber eben auch Digitalplattformen oder Apps. Es sind Verwendungszwecke und Einsatzmöglichkeiten innerhalb gegebener (physikalischer, informatischer) Grenzen. Dies schließt Zweckentfremdungen nicht aus, aber nur innerhalb gewisser Grenzen des „objektiv“ Machbaren.

Zweitens strukturieren gesellschaftliche Konstruktionsprozesse maßgeblich unsere Annahmen über das Potential von Technik. In Form wirkmächtiger Narrationen darüber, was Technik vermag und welche Probleme sie lösen wird, werden Einsatzgebiete festgelegt und Nutzungsweisen bestimmt. Es sind einprägsame Geschichten über Technik, erzählt in Werbefilmen oder auf Entwicklungskonferenzen, die Erwartungen schüren und somit die Einsatzarten von Technik bedingen.

Aber nicht nur objektive Gegebenheiten und kontingente Erzählungen bestimmen den Einsatz von Technik, sondern auch persönliche Anwendungserlebnisse. So bilden wir im Umgang mit den Herausforderungen des Alltags technisch-pragmatische Routinen aus, die als individueller Wissensvorrat sedimentieren. Als Ergebnis der subjektiven Technikaneignung bestimmt auch diese Kategorie maßgeblich mit, was wir über Technik zu wissen glauben.

Die Macht der Erzählungen

Insbesondere die zweite Kategorie der Technikerzählungen scheint dabei als verbindendes Element (zwischen „objektiven“ Funktionen und subjektiven Praktiken) eine besondere Rolle einzunehmen und wird daher im Folgenden bei der Auseinandersetzung mit der Frage nach den Potentialen von Digitaltechnik zur Ermöglichung von politischer Teilhabe besonders von Interesse sein.

Am dominantesten ist vermutlich die Erzählung vom digitalen Wandel als *Ermöglichungsschub*, als Vergrößerung des Handlungsraumes und als Steigerung von Kontingenz (Brumme 2020, 27 ff.). Es ist dieser Glaube an Ermöglichung der uns dazu bewegt, all die neuen technischen Artefakte in unseren Alltag zu integrieren. Sei es die Waschmaschine, welche die Reinigung der Wäsche beschleunigt oder die App, die verspricht, unseren Schlaf zu optimieren. Seltener bedacht werden aufgrund struktureller Gegebenheiten (ebd., 141 ff.) jedoch Eigenschaften von Technik, die als Nebenfolgen (Beck/Giddens/Lash 1996) *Verunmöglichungstendenzen* von Digitaltechnik hervorrufen. Diese Ambivalenz der Digitalisierung – Ermöglichung auf der einen bei gleichzeitiger Verunmöglichung auf der anderen Seite – wird jedoch verschleiert und verdeckt durch die mächtigen Narrationen der Überlegenheit von digitaler Technologie und Praxis.

Es sind diese affirmativen Erzählungen von der neutralen, überlegenen und effizienten Digital-Technik, die auch die Erwartungen an eine Stärkung von Demokratie und Mitsprache durch das Digitale prägen: Die angenommene Neutralität von Technik lässt auf Gleichheit bei der Verteilung von Chancen zur Mitbestimmung hoffen, technische Effizienzversprechen lassen effektivere (Mitbestimmungs-)Verfahren erwarten und Objektivitätsannahmen schüren den Glauben, dass ein Wille der Bevölkerung mit KI-Technologie „korrekt“ abgebildet werden kann. Bereits vor zehn Jahren äußerte sich Morozov kritisch zu dieser Entwicklung (Morozov 2013, 180 ff.) doch auch aktuelle Forschung belegt diesen Glauben an die Überlegenheit von Digitaltechnik – auch im Bereich des Politischen – z.B. wenn große Hoffnung in automatisierte Entscheidungsfindungssysteme im öffentlichen Sektor artikuliert werden (Kuziemski/Misuraca 2020) oder Bürger:innen der EU mehrheitlich angeben, „[that they] support replacing their parliamentarians with algorithms“ (ie Center For The Governance of Change 2021, 4). Die Erwartungen an digitalisierte Politik sind geprägt von Optimierungs- und Neutralitätshoffnungen während gleichzeitig die Gefahren von digitaler Überwachung und Kontrolle (Brumme 2016) sowie zunehmender Passivität der erwarteten Digitalisierungsgewinner (Morozov 2009) nur randständig berücksichtigt werden.

Dies ist angesichts der eingangs formulierten Hoffnung verständlich. Erwartet wurde nicht weniger als der Weg in eine bessere Gesellschaft mittels einer fundamentalen Umgestaltung demokratischer Partizipations- und Feedbackprozesse hin zu einer basisdemokratischen e-democracy mit frei verfügbarem Wissen (Vedel 2006). Doch wie berechtigt ist die Hoffnung, dass durch die Ausbreitung des Digitalen politische Teilhabe erleichtert und das authentische Einbringen und Erfassen des politischen Willens aller Gesellschaftsschichten

möglich wird? Wie realistisch ist eine Entmachtung der Mächtigen und mehr Sichtbarkeit, Mitsprache und Teilhabe für alle mithilfe moderner digitaler Medien, Plattformen und Praktiken? Einiges spricht dagegen.

Das Problem mit der digitalen Technik und dem politischen Engagement

1: Eine Frage des Ortes

Politische Teilhabe steht immer im Zusammenhang mit der Absicht, die Welt zu verändern. Es stellt sich die Frage, ob Digital-Plattformen wie Facebook oder Instagram die richtigen Orte für das Sichtbarmachen von Ungleichheiten und die Organisation von Protestbewegungen sein können. Kaum etwas spricht dafür. Warum sollte den CEOs des Silicon Valley daran gelegen sein, die Welt, in der sie reich und mächtig geworden sind, zu verändern? Relevante digitale Infrastruktur wird (noch immer) von einer kleinen, privilegierten Gruppe von Menschen entwickelt (zumeist männlich, hochgebildet, weiß, tendenziell jüngeren Alters), die ihre Position in der Gesellschaft auch erreicht haben, weil Macht und Ressourcen gerade nicht gleich verteilt sind. Es müssten sehr gute Argumente angeführt werden, um glaubhaft zu machen, dass es genau diese Menschen sein werden, die die digitale Infrastruktur bereitstellen, um egalitäre Teilhabe- und Mitbestimmungschancen für alle zu ermöglichen, um so einen möglichen Systemwandel zu unterstützen. Naheliegender ist, dass Technik dabei hilft, den Status der Machtüberlegenen zu sichern (Wolfangel 2022).

2: Verzerre Realitäten

Politischer Aktivismus und das Streben nach gesellschaftlichem Wandel werden unter anderem durch das Erleben sozialer Ungleichheiten bedingt. Doch was, wenn der Blick auf die Realität verzerrt wird und die Ungerechtigkeiten der Welt durch Bilder von perfekten Körpern am Strand von Dubai oder eine Flut an Fake News verdeckt werden? Da Individuen immer häufiger auf algorithmisch gefilterte Zugänge zur Welt via Digitalplattform zurückgreifen, kann bezweifelt werden, dass dies die autonome Entwicklung zu einer demokratisch gefestigten Person mit eigenem politischem Willen fördert. Ein durch die Filteralgorithmen der Digitalplattformen vermittelter Blick auf *die* Welt ist immer nur ein Blick auf *eine* Welt, strukturiert in der Logik der jeweiligen Plattform und den polit-ökonomischen Interessen der Betreibenden. Und wenn es geboten scheint, die Sichtbarkeit von sozialer Ungleichheit auszublenden und verstärkt

monetarisierbaren Content, anzuzeigen, dann findet eine spezifische, realitätsverzerrende Darstellung statt, die der Aufnahme politischen Engagements eher entgegen steht (Reith 2016). Auch aus zeitlogischer Perspektive können Twitter und Facebook kaum förderlich für politisches Engagement sein, da jede Minute die mit digitaler Konsum- und Content-Ablenkung verbracht wird, nicht für politisches Einbringen genutzt werden kann.

3: Begrenzte Optionen

Wenn trotz verzerrter Weltzugänge Motivation für politisches Handeln gefunden wird, kommt mit der Beschränktheit digitaler Handlungsoptionen ein weiterer restriktiver Aspekt hinzu. Denn die kreativen Ausgestaltungsmöglichkeiten von Handlungen sind im Digitalen technisch beschränkt. So können wir bei Facebook oder Instagram bspw. nur hochladen, liken, sharen und kommentieren. Dies setzt auch den Rahmen für das politische Handeln (Dolata/Schrape 2018, 12). Als politische Akte gelten dann das Ändern des Profilfotos als Zeichen des Protest, das Liken von kritischen Beiträgen zur Unterstützung eines Anliegens oder das Hochladen von Applaus-Videos zur Unterstützung von prekarierten Gruppen (Becker 2020). Die Formen des politischen Einbringens und Ausdrückens sind beschränkt und dies weckt Zweifel an der Wirksamkeit der digitalen politischen Artikulation. Sie ist erwartbar, eingeplant und kann durch das System eingehegt werden. Wenn sich politischer Aktivismus aber insbesondere durch unerwartbare Handlungen, zivilen Ungehorsam und das Abweichen von Routinen auszeichnet, spricht kaum etwas dafür, dass Digitalplattformen die Orte sind, an denen sich diese Ausdrucksformen vollziehen.

4: Passivität statt Aktivierung?

Des Weiteren ist unklar, ob politische Betätigung im Digitalen politisches Engagement in der nicht-digitalen Welt fördert oder behindert. Mehrere Zusammenhänge sind vorstellbar: So kann „proto-politisches“ Engagement im Digitalen (Online-Petitionen, Profil-Foto ändern, politische Beiträge liken) ein Einstieg für substanzielles und risikoreiches Engagement in etablierten politischen Kontexten sein. Wenn jedoch durch digitale Aktivitäten bspw. eine Sättigung im Sinne von „ich habe mich ja bereits eingebracht“ einsetzt oder ein Gefühl der Unwirksamkeit digitalen Engagements erlebt wird (z.B. wenn Online-Petitionen keine Wirkung zeigen), dann kann dies auch zu Passivität und Desinteresse an politischen Vorgängen führen. Beide Zusammenhänge erscheinen plausibel. Der Nachweis, dass digitales politisches Engagement aber

zur dauerhaften Politisierung und Demokratisierung von Menschen führt, steht bisher aus. Die Vermutung, dass das Digitale de-politisieren kann, bleibt.

5: Chancengleichheit

Auch die zu Beginn erwähnte Hoffnung, digitale Kommunikationsmedien würden die Einbindung und politische Aktivierung sämtlicher Gesellschaftsschichten ermöglichen, bewahrheitet sich nicht. Empirische Untersuchungen verdeutlichen dies: So nimmt bspw. die Wahrnehmung, sich mithilfe digitaler Plattformen und Medien „gesellschaftlich einbringen“ zu können, mit sinkendem Bildungsgrad konstant ab (Initiative D21 e.V. 2022, 14). Zudem scheint die „Ablenkung“ des Digitalen für bildungsarme Jugendliche größer (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2018, 55 f.), bzw. sind ihre Kompetenzen, Interessen und Nutzungsweisen unpolitischer, als die höher gebildeter Gleichaltriger. Es sind demnach weiterhin Privilegierte, die – wie in vor-digitalen Zeiten (Bödeker 2012) – die digitalen Strukturen zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzen werden.

6: Antidemokratische Tendenzen

Generell scheinen die großen digitalen social-media-Konzerne eher antidemokratische Tendenzen aufzuweisen. Nicht empirisch nachgewiesen aber anekdotisch plausibel wird dies, wenn bspw. der Messenger-Dienst Telegram die Nutzer:innen fragt, ob die Plattform sich an geltendes Recht halten soll (Reuter 2022) oder angesichts der Beteiligung sämtlicher relevanter Digitalkonzerne am größten Abhörskandal des digitalen Zeitalters (Greenwald 2014). Die demokratisierende Kraft digitaler Plattformen erscheint erneut plausibilisierungsbedürftig.

Gehen oder Bleiben? Umgang mit dem Digitalen.

Es bleibt die Erkenntnis: Technik ist nicht gleich Technik – digital ist anders. Autobahnen können nicht verhindern, dass auf ihnen für deren Abschaffung demonstriert wird. Digitale Plattformen schon. Denn wenn auf *Facebook* für dessen Regulierung oder Zerschlagung aufgerufen wird, kann die Plattform die Erfolgchancen des Protestes durch die Verringerung der Sichtbarkeit von Beiträgen, die Sperrung von politischen Accounts oder das Fluten von Timelines mit seichtem Content, minimieren. Die Wirksamkeit von Protest und politischem Engagement im Digitalen entfaltet sich vermutlich erst in Kombination mit kompatiblen Offline-Praktiken (Fielitz/Staemmler 2020), so-

dass immer auch die Gefahr besteht, dass eine einseitige Verlagerung politischen Handelns in das Digitale zu einer Verkümmern der zivilgesellschaftlichen Mobilisierungs- und Mitbestimmungspotentiale führen könnte.

Dieser Artikel will jedoch nicht für einen Rückzug aus dem Digitalen oder für eine Vermeidung digitaler politischer Handlungsweisen plädieren. Vielmehr wirbt er für einen reflektierten und bewussten Umgang mit digitalen Handlungsoptionen. Die Ausführungen haben gezeigt, dass erfolgreiches *digitales* politisches Handeln die Spezifika des Digitalen und seine Machtdurchzogenheit berücksichtigen muss (Brumme 2022). Insbesondere in der politischen Bildung sollte dies verstärkt beachtet werden, um eine kritische Auseinandersetzung mit den Potentialen und Gefahren des Digitalen zu ermöglichen. Bedeutsam scheint dabei unter anderem, verstärkt auch informatische Handlungskompetenzen in den Mittelpunkt zu rücken, Alternativen zu kommerziellen Digital-Anbietern aufzuzeigen und marginalisierte Gruppen darin zu bestärken, an der Entwicklung von Digital-Plattformen und -technologien mitzuwirken.

Literatur

- BARLOW**, John Perry (1996): A Declaration of the Independence of Cyberspace. Online: <https://www.eff.org/de/cyberspace-independence> (Zugriff: 10.10.2022).
- BECK**, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott (1996): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt/M.
- BECKER**, Boris (2020): Clap for our Carers !!! #NHS #safe lives #London. Online: https://www.instagram.com/p/B_DYHYKF8wi/?hl=de (Zugriff: 19.10.2022).
- BÖDEKER**, Sebastian (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft.
- BRUMME**, Robert (2016): Überwachung vor und nach Snowden. Eine Einordnung. In: Berger, Peter A./Brumme, Robert/Cap, Clemens H. (Hg.): Überwachung und Privatheit in der Ära nach Snowden. Ein Dialog. Rostock, S. 15–18.
- BRUMME**, Robert (2020): Zur Entfaltung des „Digitalen“ in der Welt. Strukturen, Logik und Entwicklung. Weinheim Basel.
- BRUMME**, Robert (2022): Digitalisierung und Ungleichheit: Zum Potenzial digitaler Technik, soziale Ungleichheit zu verringern. In: POLIS 3/2022, S. 7–9.
- DOLATA**, Ulrich/Schrabe, Jan-Felix (2018): Kollektives Handeln im Internet. Eine akteurtheoretische Fundierung. In: Dolata, Ulrich/Schrabe, Jan-Felix (Hg.): Kollektivität und Macht im Internet. Soziale Bewegungen – Open Source Communities – Internetkonzerne. Wiesbaden, S. 7–38.
- FIELITZ**, Maik/Staemmler, Daniel (2020): Hashtags, Tweets, Protest? Varianten des digitalen Aktivismus. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 2/2020, S. 425–441.